

30.09.2004

Rettet unsere Schulen - jetzt!

Am heutigen Vormittag stellten der Generalsekretär der CDU NRW, Hans-Joachim Reck, und der schulpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion, Bernhard Recker die Bildungskampagne: „Rettet unsere Schulen – jetzt“ vor.

Presseinformation:

Die Situation an den Schulen in Nordrhein-Westfalen ist katastrophal. Es gehört zum Alltag der NRW-Schülerinnen und –Schüler und auch Lehrer, dass

- sie in überfüllten Klassen lernen und lehren
- auf den Schulhöfen mit Drogen gehandelt wird
- Gewalt in den Schulen Normalität ist
- sechs Stunden auf der Stundentafel stehen, aber nur vier erteilt werden
- sogar vielerorts Eltern die Klassenzimmer ihrer Kinder selbst streichen

Besonders die Bürgerinnen und Bürger in den 396 Städte und Gemeinden sowie den 31 Landkreisen in Nordrhein-Westfalen sind die Leidtragenden dieser verfehlten Politik. Sie müssen damit leben, dass die Kommunen immer weniger in die öffentliche Infrastruktur investieren können, weil ihnen immer neue und teure Aufgaben übertragen worden sind, ohne dass sie dafür das notwendige Geld erhalten haben. Es fehlt das Geld für neue Kindergärten, für die Unterhaltung der Straßen, für Bildung und Ausbildung junger Menschen, aber auch die Förderung ehrenamtlicher Arbeit oder kultureller Einrichtungen.

Die Strategie einer Gerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler in ihren Bildungschancen ist in fast 40 Jahren SPD-Regierung komplett gescheitert: Die Klassen in NRW sind zu groß, der Unterricht fällt aus, zu viel Unterricht wird fachfremd erteilt und das Unterrichtsvolumen ist zu gering - um nur einige skandalöse Wahrheiten über den Alltag unserer Schüler auf den Punkt zu bringen.

Es sind nicht nur die Ergebnisse des OECD-Reports, es ist von Tausenden von Schülern und Lehrern die erlebte Realität ihres Alltags an unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen, die keinen Aufschub mehr duldet. Deshalb startet die CDU in Nordrhein-Westfalen die Bildungskampagne „Rettet die Schulen – jetzt!“. Auf der Grundlage der Petersberger Beschlüsse eröffnet die CDU Nordrhein-Westfalen den Diskurs auf Landesebene mit Eltern, Lehrern und Verbänden. Im Rahmen dieser Bildungskampagne werden wir mit Aktionstagen auf die Misere an nordrhein-westfälischen Schulen reagieren. Die Themen Lehrermangel, Unterrichtsausfall, schlechte Ausstattung an Schulen, Gewalt an Schulen, mangelnde Förderung der praktisch Begabten, zu große Klassen und Schulen werden wir in unserer Kampagne in den Vordergrund holen.

Wer wie die SPD jetzt als Lösung dieser Schulmisere in NRW die Einheitsschule plant unter dem Deckmantel einer ideologischen Schulstrukturdebatte, der tut das rücksichtslos auf dem Rücken unserer Kinder und Lehrer.

Das wird die CDU Nordrhein-Westfalen nicht zulassen. Wir halten fest an dem mehrgliedrigen, bewährten Schulsystem. Nordrhein-Westfalen braucht eine moderne, problemorientierte Politik für Schulen, in der die individuelle Förderung im Vordergrund steht. Wir stehen für ein gegliedertes Schulsystem mit einer Verbesserung und

Fortentwicklung des bewährten Schulsystems.

Wer dieses lange gewachsene und hoch leistungsfähige Schulsystem in Nordrhein-Westfalen abschafft, der schafft wiederum ein experimentelles Feld, auf dem zu Lasten mehrerer Generationen herumprobiert wird.

Die Bildungspolitik ist inzwischen einem echten Standortnachteil für NRW geworden. Verantwortlich dafür ist die SPD-Bildungspolitik und zu deren „Leistungsbilanz“ gehört:

- Unsere Grundschüler erhalten 500 Stunden weniger Unterricht als ihre Mitschüler in Bayern.
- In Sachsen-Anhalt haben die Kinder nach sechseinhalb Jahren so viel Deutschunterricht in der Schule wie unsere Kinder nach neun Jahren.
- Bis zum Ende der Pflichtschulzeit erhalten unsere Schüler über 800 Unterrichtsstunden weniger als ihre Mitschüler in anderen Bundesländern. Bildungsexperten haben außerdem berechnet, dass ein nordrhein-westfälischer Abiturient am Ende seiner Schulzeit fast 3 Schuljahre weniger Unterricht hatte als seine Kollegen in Österreich.
- Die Klassen sind zu groß. Mit 23,7 Kindern im Grundschulbereich nimmt NRW den vorletzten Platz in der Statistik ein. Im Bereich der Sekundarstufe I trägt NRW mit durchschnittlich 26,4 Kindern die rote Laterne.
 - Der Landesrechnungshof hat in seiner letzten Erhebung festgestellt, dass an unseren Schulen durchschnittlich 10,6 Prozent des Unterrichts an unseren Schulen ausfällt. Bei 10 Schuljahren ist das ein komplettes Jahr.

Zur weiteren Wahrheit über die Bildungspolitik der Landesregierung gehört:

Die Landesregierung bleibt weit hinter ihrem Versprechen zurück, 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Gerade mal 4.100 Stellen wurden umgesetzt. Durch die Pflichtstundenerhöhung wird die Schüler-Lehrer-Relation zur Berechnung der Lehrerstellen verschlechtert mit der Folge, dass weniger junge Lehrer eingestellt werden können. Die versprochenen Lehrer für das Fach Praktische Philosophie werden im Doppelhaushalt nicht zur Verfügung gestellt. Damit ist das Versprechen „Stufenplan verlässliche Schule“ klar gebrochen. Zudem wird mit den neuen Lehrerstellen gerade einmal der zusätzliche Bedarf von steigenden Schülerzahlen bis Englisch in der Grundschule bedient. Es gibt hingegen nicht eine neue Lehrerstelle gegen den Unterrichtsausfall. Im Gegenteil: Die Mittel für die Vertretungslehrer sind von 127 Mio. Euro in 2003 auf 95 Mio. Euro für das Jahr 2004 gekürzt worden. Das sind Gelder im Umfang von 640 Lehrerstellen.

Jetzt schafft die Landesregierung die 698 Schulkindergärten ab, in denen jedes Jahr fast 12.000 schulpflichtige, aber nicht schulfähige Kinder gefördert werden. Die im Jahr 2004 zur Verfügung stehenden 605 Stellen für die Schulkindergärten werden im Jahr 2005 gestrichen. Stattdessen werden 593 Stellen für 3.400 Grundschulen als Förderzuschlag für die flexible Schuleingangsphase in 2005 in den Haushalt eingestellt. Das bedeutet, dass sich je fünf Grundschulen oder mehr als 25 Klassen eine Stelle teilen müssen. Das versprochene "Mehr" an individueller Förderung ist so nicht zu leisten.

Die Landesregierung hat eine große Werbe- und Imagekampagne für den Lehrerberuf gestartet und muss feststellen, dass für den kommenden Einstellungstermin nicht genügend Stellen vorhanden sind. Überlegungen für einen Numerus clausus die 1.200

Lehramtsanwärter haben die Betroffenen verunsichert. Das ist demotivierend, das ist ein verheerendes Signal für die Zukunft.

Die Stimmung an den Schulen ist schlecht. Besonders die Grundschulen leiden unter dem Aktionismus der Landesregierung.

Mit großer Euphorie lässt sich die SPD feiern, dass jetzt wieder mehr Unterricht in der Sekundarstufe I erteilt werden soll. Das ist unehrlich, denn es war die SPD, die in den 90er Jahren die Stundentafeln zweimal gekürzt hat. Eine Finanzierung über den so genannten Demographiegewinn steht zudem auf sehr wackeligem Grund. Mit dem Reformaktionismus der Landesregierung wird jedoch in keiner Weise das größte Problem unseres Schulsystems gelöst: nach der PISA-Studie können 25% der 15-jährigen – das sind 25 von 100! – nicht sicher rechnen, lesen oder schreiben. Damit ist der Anspruch der SPD auf Bildungskompetenz eine Lebenslüge zu Lasten unseres Landes. Mit ihrer Schulpolitik hat die SPD Millionen junger Leute um bessere Lebenschancen gebracht!

Als Antwort auf diese desaströse Bildungsbilanz wird nun von Ministerpräsident Steinbrück und seiner Landesregierung vorgeschlagen, eine Debatte über die Schulstruktur zu führen. Das Ziel der Landesregierung ist die Einheitsschule.

Als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Einheitsschule hat die SPD im Vorfeld ihres bildungspolitischen Parteitages am 14. Juni 2003 in Bochum die Einführung eines Zwei-Säulen Modells diskutiert - die faktische Abschaffung von Haupt- und Realschulen. Nach heftigsten Protesten hat Steinbrück den Realschulen eine Bestandsgarantie gegeben. "Sie erlebt eine Renaissance, ich denke nicht daran, diesen Schultyp kaputt gehen zu lassen." (Aachener Zeitung vom 10.05.2003)

Dann hat der Zukunftsrat in seinem Bericht geschrieben: "Das dreigliedrige Schulsystem wird durch den neuen Schultyp ersetzt. Und zwar für die gesamte Pflichtschulzeit, von der ersten bis zur zehnten Klassenstufe." Dazu erklärte Steinbrück: "Ich glaube, dass wir uns mindestens in der nächsten Legislaturperiode auf ein stärker integriertes Schulsystem einigen sollten". (Generalanzeiger vom 19.3.2004) Diese Aussage bestärkte Steinbrück in einer Rede auf dem GEW-Kongress im April 2004. Er fordert in der kommenden Wahlperiode eine Diskussion über die Auflösung des gegliederten Schulsystems zu beginnen. Auf seiner Homepage findet sich der Satz, "dass er angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie sehr wohl über eine Einheitsschule vom fünften bis zum zehnten Schuljahr nachdenke".

Herr Steinbrück und seine Landesregierung wollen unser gegliedertes Schulsystem abschaffen.

Alle Dementi der Landesregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser gegliedertes Schulsystem in Gefahr ist. Tatsächlich wird die Einheitsschule schon vorbereitet, ganz konkret:

- Mit einem Einheitslehrer von der 1. Klasse der Grundschule bis zur 10. der Haupt-, Real- und Gesamtschule.
- Mit Ihrem Entwurf eines Schulgesetzes NRW. Darin werden die Schulformen unseres gegliederten Schulsystems ohne eigenständige Bildungsziele, rein formal, entlang von Schulstufen beschrieben.

- Mit schulformübergreifenden Bildungsstandards und
- mit einer schulformübergreifenden Schulaufsicht.

Das alles lässt sich einfach zur Einheitsschule zusammenfügen. Und die Inhalte werden dann einfach per Rechtsverordnung durch das Ministerium – unter Aussparung des Parlaments – geregelt.

Unsere Kinder sind nicht alle gleich. Unsere Kinder haben unterschiedliche Begabungen, Neigungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten. Unsere Kinder haben einen Anspruch darauf, dass sie ihren Begabungen gemäß in den Schulen gefördert werden. Mit einer Einheitsschule wird das nie gelingen.

Die Autoren der PISA-Studie stellen unmissverständlich fest: „Aufgrund der Schwierigkeiten, die verschiedenen Formen der Schul- und Unterrichtsorganisation angemessen zu erfassen, ist es nicht möglich, eindeutige Aussagen zu ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Schülerleistung zu machen. Offensichtlich variieren die Schülerleistungen der Teilnehmerländer unabhängig von der Schul- und Unterrichtsorganisation. Dieses Ergebnis bestätigt die Befunde älterer internationaler Schulleistungsstudien, die ebenfalls keinen Zusammenhang der Leistung mit der Schulorganisation feststellen konnten.“ (PISA 2000, hrsg. Vom Deutschen PISA-Konsortium, Opladen 2001; S. 427.)

Es ist unverantwortlich, den Menschen in unserem Land weiter vorzugaukeln, dass eine Einheitsschule die Bildungsprobleme in unserem Land beseitigen würde. Mit weiteren Experimenten auf dem Rücken unserer Kinder werden wir unsere massiven Probleme nicht in den Griff bekommen.

Die SPD-Bildungspolitiker sagen, mit einem gemeinsamen Unterricht für alle Schüler mildert man soziale Unterschiede, die die Schüler aus ihren Familien mitbringen. Es wird von mehr Chancengleichheit gesprochen und auch von mehr Leistung, denn in der Einheitsschule würden auch die individuellen Talente gefördert. Experten bestätigen das glatte Gegenteil.

CDU: Individuelle Förderung und bessere Unterrichtsversorgung

Die Landesregierung redet über einen Systemwechsel: Acht oder neun Jahre gemeinsamer Unterricht, Einheitsschulen. Dabei scheint die Landesregierung vergessen zu haben, was unser gegliedertes System zu leisten in der Lage ist. Wie gut wären unsere Schüler, wenn sie tatsächlich den Unterricht auch über mehrere Jahre erhalten würden, der ihnen auf dem Papier zusteht? Das wäre ein lohnendes Bildungsexperiment, das zudem wesentlich kostengünstiger zu realisieren wäre als jeder Systemwechsel.

Unser Ziel muss es sein, die individuelle Förderung in den Schulen zu verbessern sowie die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und auszuweiten. Dafür müssen wir mehr Lehrer einstellen und die Aus- und Fortbildung der Lehrer verbessern und praxisnäher gestalten. Das Land muss hier ein verlässlicher Partner sein.

Die CDU steht für das gegliederte Schulsystem. Wir wollen es optimieren, und wir wollen mehr individuelle Förderung ermöglichen. Wir wollen für jedes Kind die Grundlagen für ein

eigenständiges, verantwortungsbewusstes Leben geben. Das schafft man nicht mit einer Einheitsschule.